

Protokolleintrag vom 23.11.2011

2011/438

Dringliche Schriftliche Anfrage von Linda Bär (SP), Matthias Probst (Grüne) und 41 Mitunterzeichnenden vom 23.11.2011: «Occupy-Bewegung», Haltung des Stadtrats zu den Anliegen der Bewegung

Von Linda Bär (SP), Matthias Probst (Grüne) und 41 Mitunterzeichnenden ist am 23. November 2011 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Von der globalen Occupy Bewegung inspiriert, bildete sich Occupy Paradeplatz nach offener Mobilisierung aus Interessierten aller gesellschaftlichen Schichten. Weitere Occupy Gruppierungen entstanden seither in Genf, Basel, Sion, Zug und Bern. In Genf wird die Bewegung im Rahmen einer Tradition von Leistungsverträgen mit der Besetzerszene von den örtlichen Behörden toleriert.

Die Bewegung besteht aus Bürgerinnen und Bürgern, die basisdemokratisch in konsensorientierter Entscheidungsfindung hierarchielose Strukturen entwickeln. Damit streben sie die Erarbeitung realistischer Perspektiven für die ungelösten Probleme der entfesselten Finanzwirtschaft an. Die Herausforderung der Occupy Bewegung ist es, die grosse Masse von Nichtwählenden zu mobilisieren. Ziel ist, auf die nicht zukunftsfähigen Mechanismen des Finanzsystems aufmerksam zu machen und Interesse für die zahlreichen Lösungsansätze zu gewinnen.

Der Lindenhof war ein farbenfroher und offener Begegnungs- und Kommunikationsraum für Aktivistinnen und Aktivisten und Besucherinnen und Besucher aller Generationen und politischen Gesinnungen und verschiedenster Herkunft geworden. Die Bewegung schaffte auf dem Lindenhof Öffentlichkeit, in welcher sich alle auf Augenhöhe begegnen konnten. Täglich fanden Vollversammlungen und Workshops statt, an denen Menschen sich trafen, Wissen austauschten und Perspektiven erarbeiteten. Auch die täglichen Besuche der Stadtpolizei Zürich waren geprägt von gegenseitigem Respekt.

Die Bewegung geniesst sowohl ideelle und moralische, als auch tatkräftige und materielle Unterstützung aus der Bevölkerung. Die Aktivistinnen und Aktivisten gehen nach ihrem Berufsalltag abends oder ganztags einer selbstbestimmten, politischen, sozialen und unentgeltlichen Arbeit im öffentlichen Interesse nach. Das globale Ausmass der Schuldenkrise, der Spekulationsblasen, der zunehmenden Arbeitslosigkeit und der Kapitalkonzentration sowie die enorme Bedeutung des Finanzplatzes für die Schweiz legitimieren diese permanente Krisenversammlung und die Anstrengungen zum Einbezug der ganzen Bevölkerung.

Es stellen sich in diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Kann der Stadtrat die Empörung weiter Teile der Bevölkerung über die Massenentlassungen, die private Geldschöpfung sowie die Auswirkungen der Spekulationsblasen nachvollziehen?
2. Dem Vernehmen nach gab es keine Beschwerden der Bevölkerung über Lärmbelästigung im Umfeld des Lindenhofes seit der Anwesenheit der Bewegung? Welche Schlüsse zieht der Stadtrat daraus?
3. Gingen seit dem Auftreten der Bewegung positive oder unterstützende Statements von Seiten der Bevölkerung beim Stadtrat ein? Wenn ja, war ein breiterer Konsens in diesen Statements auszumachen?
4. Was kostete die Stadt Zürich die Räumung des Lindenhofes inklusive die damit verbundenen Stadtrichterkosten, Transportkosten, Beweisaufnahmen, Abklärungen aller Art und Polizeieinsatzstunden?
5. Wieso erachtet der Stadtrat diese Form von öffentlicher Diskussion als nicht bewilligungsfähig? Wie begründet er seine Güterabwägung insbesondere in Bezug auf die Versammlungsfreiheit gemäss Bundesverfassung?
6. Wie begründet der Stadtrat die Tatsache, dass während der Räumung des Camps und seinen BewohnerInnen auf dem Lindenhof keine JournalistInnen zugelassen wurden?
7. Wie sieht der Stadtrat seine Rolle als Vermittler zwischen den reichsten 1% und den restlichen 99% der Bevölkerung in Zürich?
8. Viele Menschen in der Stadt Zürich unterstützen ideell die Occupy-Bewegung. Wie könnte der Stadtrat eine Plattform bieten, um diesen Menschen Gehör zu verschaffen? Sieht sich der Stadtrat in der Lage, Alternativen zum fundierten Einbezug der Bevölkerung in die Thematik der Krise der Finanzwirtschaft anzubieten?
9. Glaubt der Stadtrat, dass die Entscheidung, ob die Schweiz eine aktive Rolle in der Konfliktlösung der globalen Schulden-, Finanz- und Wirtschaftskrise spielen sollte, vom Souverän diskutiert werden muss?
10. Die Stadt Zürich ist hochgradig vom Finanzplatz abhängig und hat deshalb eine besondere Verantwortung gegenüber der Bevölkerung in Bezug auf die kritische Diskussion über das Finanzsystem. Wie gedenkt der Stadtrat diese Verantwortung wahrzunehmen?

Mitteilung an den Stadtrat